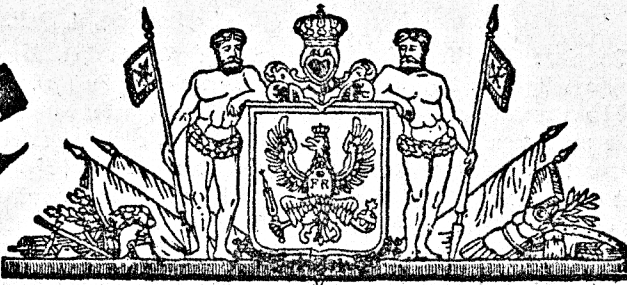


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 6 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme in Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.) Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 680.

## Bürgerlich-sozialistische Koalition in Italien.

## Sozialistische Einigung.

### Bonomis Kabinett.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mp Rom, 4. Juli.

Die endgültige Ministerliste lautet: Ministerpräsident und Innenminister: Bonomi, Außenminister: Torretta, Kolonien: Girardini, Justiz: Robino, Finanzen: Soleri, Krieg: Gasparotto, Schatzminister: Denova, Marineminister: Bergamasco, Unterricht: Corbino, Ackerbau: Mauri, öffentliche Arbeiten: Micheli, Industrie: Belotti, Arbeit: Beneduce, Post und Telegraph: Giuffrida, befreite Gebiete: Raineri.

Die Kammereröffnung findet nach dem 10. Juli statt. Der Marschese della Torretta, der augenblicklich Italien in Wien vertritt, ist telegraphisch von seiner Ernennung verkündigt worden; in der Zwischenzeit wird Bonomi das Außenamt selbst übernehmen.

Im Kabinett sind die Parteien folgendermaßen vertreten: Robino, Mauri und Micheli sind Popolari, Girardini, Gasparotto und Giuffrida gehören der Sozialen Demokratie an. Der Liberalen Demokratie gehören an Denova, Raineri und Soleri. Bonomi und Beneduce sind Reformsozialisten. Der zur rechten Liberalen Demokratie gehörige Belotti nimmt am Kabinett ohne Genehmigung seiner Gruppe teil. Das Kabinett stellt also, wie gemeldet, eine Konzentration der Linken dar, gegen welche die äußerste Rechte feindlich, die äußerste Linke neutral gesinnt ist. Torretta (der aus der Diplomatie kommt und der zweimal in Petersburg war und bei Kriegsausbruch Italien in München vertrat, bevor er nach Wien ging) hat im allgemeinen eine gute Abendpresse, nur das „Giornale d'Italia“ erinnert an die Er-

fahrung, daß ein guter Diplomat auf einem Außenposten sich in Rom bisher stets als unfähig gezeigt habe. Die Zeitung hofft, daß sich Torretta nicht dazu hergeben werde, ausschließlich der technische Ausführende fremder Gedanken zu sein.

\*

Schon vor etwa einem Jahr versuchte nach dem Sturz des zweiten Kabinetts Nitti und nach der Ablehnung Giolittis Ivanoe Bonomi ein Kabinett zu bilden. Er brachte damals aber nicht einmal das Skelett eines Kabinetts zusammen, da ihm die als reaktionär verfahrenen Sektoren der Kammer einen Strich durch die Rechnung machten, indem sie ihn als ihren Mann hinstellten. Mit welchem Recht, konnte damals nicht klargestellt werden. Jedenfalls rebete man von reaktionärem Komplott, und die Sozialisten erinnerten daran, daß Bonomi für die Teilnahme Italiens am Kriege auf Seiten der Entente eingetreten war. Die französisierenden und französischen Kreise begrüßten, so schrieb uns damals unser römischer Mitarbeiter, Bonomis Auftreten laut und mit Ausfällen gegen Nitti, der dann aber doch sein drittes Kabinett bildete, da Bonomi nicht zu Ranke kam.

Bonomi ist jetzt 48 Jahre alt. Er studierte Naturgeschichte und Jus, war Lehrer und Publizist und politischer Schüler des bekannten Sozialisten Ferrri. Unter Bissolati war er Redakteur am „Avanti“. Mit Bissolati zusammen trat er aus der sozialistischen Partei aus, als diese den ausgesprochen revolutionären Charakter annahm, und begründete die Partei der Reformsozialisten, die bei Kriegsausbruch nationalisistischer war als die Nationalisten. 1916 war er Minister der öffentlichen Arbeiten unter Boselli, 1919 hatte er dasselbe Portefeuille unter Orlando. Als Kriegsminister ist er hauptsächlich der Organisator des Volksheeres, wodurch bei geringer Friedensstärke eine schnelle und erschöpfende Kriegsbereitschaft gewährleistet werden soll.

### Rahr und Groener.

Ministerreden über Wasserstraßen-Politik.

mh München, 4. Juli.

Die Tagung des Zentralvereins für deutsche Binnenschifffahrt, des Main-Donau-Stromverbandes und des Deutsch-österreichisch-ungarisch-schweizerischen Verbandes für Binnenschifffahrt wurde heute, Montag, vormittag, in München eröffnet. Die entscheidenden Beschlüsse, die sie für das Projekt der großen Schifffahrtsstraße Rhein-Main-Donau und der damit zusammenhängenden Fragen fassen soll, und die Zahl ihrer Teilnehmer gibt der Tagung das Gepräge größter Bedeutung. Reichsverkehrsminister Groener ist erschienen.

Ministerpräsident v. Rahr begrüßte die anwesenden Vertreter der beteiligten Länder und insbesondere den Reichsverkehrsminister Groener im Namen der bayerischen Regierung und hob hervor, daß, da die dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen Deutschlands an das Reich übergegangen sind, und damit die Geschichte der Binnenschifffahrt dem Reichsverkehrsministerium anvertraut sind, auch das Reich diese Geschichte in die Hand nehmen müsse. Der Ministerpräsident wünschte den Beratungen reichen Erfolg auch über die Grenzen Bayerns hinaus. Er ermahnte die Versammlung, zu dem ungebrochenen deutschen Unternehmungsgeliste Vertrauen zu haben, und ersuchte die Anwesenden, die Wege zu ebnen, die das Verständnis für das gewaltige Werk wechen, und hat insbesondere den Reichsverkehrsminister Groener, die großzügigen Verkehrspläne bei der Reichsregierung zu fördern.

Nach dem Ministerpräsidenten nahm Reichsverkehrsminister Groener das Wort. Er überbrachte die Grüße der Reichsregierung und ihre besten Wünsche für die Tagung: „Wenn ich hier in München im Bayernlande zu Ihnen spreche, so werden Sie mir gestatten, daß ich den großen Plan voranstelle, der unsere größten Ströme Europas, den Rhein und die Donau, verbinden soll.“ Der Reichsverkehrsminister sprach in diesem Zusammenhang den in Frage kommenden Persönlichkeiten den Dank und die volle Anerkennung der Reichsregierung für ihre verdienstvolle Tätigkeit um die Förderung des Planes aus. Er schloß mit nochmaligen besten Wünschen für die Tagung und die Ausstellung und insbesondere für die baldige Verwirklichung des großen Schifffahrtsweges vom Main bis zur Donau.

Die gemischtwirtschaftliche Unternehmung, deren Gründung auf der Tagung des Main-Donau-Stromverbandes beschlossen wurde, soll sowohl den Ausbau der Wasserstraßen, als den Ausbau der dabei anfallenden Wasserkraft ausführen. Es wurde unter Zuziehung von Finanzfachverständigen ein Ausschuss zur schleunigen Vorbereitung der Unternehmungen gebildet, deren Kosten

nunmehr auf zehn Milliarden Mark veranschlagt werden. Voraussetzung für die Kraftgewinnung, die sich durch 33 Kraftwerke im Zuge der Schifffahrtsstraße von Main zur Donau und durch zwölf weitere im Zuge der geplanten Abzweigung entlang der oberen Donau, von Kehlheim bis Ulm, auf 358 000 Pferdestärken mit einer Jahresleistung von zwei Millionen Kilowattstunden berechnet, ist die Zuführung einer Wassermenge, die bis zu 70 Kubikmeter Wasser in der Sekunde geht, zur Scheitelhaltung des Main-Donau-Schifffahrtsweges aus dem Lech. Diese Ueberleitung ist nach Anschauung aller Sachverständigen durchaus möglich und wird das Unternehmen wirtschaftlich derartig stützen, daß durch die Kraftgewinnung die Jahreskosten der gesamten Unternehmungen gedeckt werden können.

Die „Correspondenz Hoffmann“ teilt amtlich mit: „Der Reichsverkehrsminister Groener hatte Montag nachmittag mit dem bayerischen Ministerpräsidenten von Rahr eine mehrstündige eingehende Aussprache über alle die bayerischen Verkehrs- und Wasserstraßen-Interessen berührenden Fragen, an welcher auch der Handelsminister Hamm und Staatssekretär Schwegler teilnahmen. Namentlich war die Erhaltung und Ausgestaltung der Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums in München und der Ausbau der Wasserstraßen Gegenstand eingehender Beratungen.“

### Suspendierung der Sanktionen?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wf Paris, 4. Juli.

Nach einer Mainzer Meldung des „Petit Parisien“ äußerte der französische Rheinlandkommissar Tirard gestern in einer Rede in Wiesbaden, das in London beschlossene Sanktionsregime, dessen völlige Beseitigung von den Deutschen verlangt wird, bedürfe seines Erachtens gewisser Verbesserungen. Die Frage werde gegenwärtig geprüft. Die Rheinlandkommission habe bereits begonnen, weitherzige Ausnahmen zu gewähren.

Der „Eclair“ will wissen, daß die französische Regierung vor dem Obersten Rat den Standpunkt zu vertreten gedenke, die völlige Aufhebung der Sanktionen sei nur möglich, wenn die Verbündeten Frankreichs entsprechende Sicherheiten für den Fall der Nichterfüllung des Friedensvertrages zugesetzten.

„Ere nouvelle“ erfährt, Frankreich sei keineswegs grundsätzlich gegen die Aufhebung der Sanktionen. Es sei bereit, in die zeitweise Aufhebung einzuwilligen, wenn das Reich seinen Verpflichtungen besonders in der Abrüstungsfrage nachkamme. Frankreich habe keine Lust, hereingelegt zu werden und müsse angesichts der inneren Lage in Deutschland mit der Möglichkeit rechnen, daß das Kabinett Wirth gestürzt wird und die Vorkämpfer der negativen Politik wieder ans Ruder kommen.

Die Landeskonferenz der sächsischen Mehrheitssozialdemokraten hat, wie aus Leipzig gemeldet wird, am Ende einer ausführlichen Debatte über die Einigungsfrage eine Resolution beschlossen, die nicht bloß die Gemeinschaftsregierung der Mehrheitler und der Unabhängigen in Sachsen billigt und die Erhaltung dieser sozialistischen Koalition fordert, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus im Reich für eine „starke politische Einheitsfront“ der beiden sozialistischen Parteien eintritt. Die Resolution verlangt vorläufig die Bildung von Arbeitsgemeinschaften der S. P. D. und der U. S. P. D., bis später das Ziel einer „organisatorischen Wiedervereinigung“ erreicht werden könne.

Die Leipziger Entschliebung begründet die Notwendigkeit des Zusammenschlusses vor allem mit der gemeinsamen Verantwortung der beiden sozialistischen Parteien für die Annahme des Ultimatums, die ihnen die gemeinsame Pflicht auferlege, gegen finanzpolitische Sabotierungsversuche von rechts die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sicherzustellen. Der gleiche Gedankengang findet sich in einem sehr eindringlichen Einigungsappell, den vorgestern das Hauptorgan der österreichischen Sozialdemokraten, die Wiener „Arbeiterzeitung“, an die reichsdeutschen Genossen ihrer Lager gerichtet hat. Die unabhängige Sozialdemokratie, sagt die Arbeiterzeitung, sei durch die Ultimatumspolitik gezwungen, das Kabinett Wirth gegen die Angriffe der Nationalisten zu unterstützen. Die Situation des Kabinetts werde sich aber sehr schwierig gestalten, weil Zentrum und Demokraten nicht bereit sein würden, den Besiegenden die zur Erfüllung des Ultimatums notwendigen Opfer aufzuerlegen. Es werde wahrscheinlich zur Auflösung des Reichstages kommen und dann hänge alles davon ab, daß ein geeinigter Sozialismus sich eine überragend starke Position im deutschen Parlamente sichere. Siege der Sozialismus durch Einigung, so bedeutet das Sieger der Besitzbesteuerung, Ausführung des Ultimatums, Erhaltung des Friedens. Siege infolge der sozialistischen Zersplitterung das Bürgertum, so werde das Ultimatum unüberwindlich und der Bruch mit Frankreich unvermeidlich. Wenn die deutschen proletarischen Parteien vielleicht noch lange getrennt marschieren müßten, so sei es doch unbedingt nötig, daß sie vereint schlugen.

Am gleichen Tage, an dem dieser Artikel in der Wiener „Arbeiterzeitung“ erschien, veröffentlichte ein Berliner „Vorwärts“ Philipp Scheidemann einen Aufruf zur Einigung. Scheidemann, der agitatorische Franzosen mehr liebt als sachliche Beweisführung, sucht die Arbeiterschaft mit der Gefahr einer Diktatur von rechts zu alarmieren, für deren Aktualität er allerdings nur die Äußerung eines bayerischen Blattes anzuführen weiß, das sich nach einem Diktator sehnt und es aufs lebhafteste bedauert, daß anscheinend keiner zu finden sei. Die Sorglosigkeit, mit der man in Berlin die „börsartigen Zeichen der Zeit“ übersehe, sei unverständlich. Nur eine geschlossene Arbeiterschaft könne das Verhängnis abwenden, das sich vorbereite. Die Spaltung habe jeden Sinn verloren. Die kommunistischen Parteien seien in der Auflösung begriffen und ein Teil ihrer Anhänger kommen bereits wieder zur Vernunft. Die Unabhängigen hätten sich in der Praxis auf den Boden der Demokratie zurückgefunden und es könne ihnen nicht unmöglich sein, die dieser Bekehrung noch entgegenstehenden Doktrinen zu überwinden. Das Proletariat dürfe nicht warten, bis der Diktator von rechts es zur Einigung zwingt; es müsse ihm zuvorkommen.

Die Häufung dieser Kundgebungen zeigt, daß die Einigungsbestrebungen in den Reihen der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen — eine Teilnahme der Kommunisten kommt selbstverständlich nicht in Frage — neuerdings eifriger betrieben werden als bisher. Einen raschen und vollständigen Erfolg dieser Bemühungen vorauszusagen, wäre zunächst noch voreilig; organisatorische Verschmelzung dürfte — wie ja auch die Wiener „Arbeiterzeitung“ andeutet — noch geraume Zeit am Widerstande der Unabhängigen scheitern. Die Gegensätze nicht nur der Doktrinen, sondern auch der Taktik sind immer noch groß, obwohl die Unabhängigen ja in der Tat seit Halle den Boden der Diktatur verlassen haben und deshalb folgerichtig früher oder später den der Demokratie betreten müssen. Auch die persönlichen Rivalitäten stehen einer organischen Vereinigung natürlich hemmend im Wege. Aber wenn man auch noch eine ganze Zeitlang getrennt marschieren wird, so wird man doch vielleicht schon ziemlich bald dazu kommen, vereint zu schlagen. Wenigstens auf gewissen Schlachtfeldern. In der Ultimatumspolitik, auf die der Leipziger Beschluß und die Beweisführung der „Arbeiterzeitung“ mit Recht so großes Gewicht legen, besteht in der Tat eine gewisse Zweckmäßigkeit, die die beiden Parteien im parlamentarischen und gegebenenfalls auch im Wahlkampfe taktisch zusammenführt.